Die offiziellen diplomatischen Kanäle zwischen Ost und West sind gekappt. Doch hinter den Kulissen werden längst wieder vorsichtig Fühler ausgestreckt, sagt der belarussische Politikwissenschaftler **Jewgeni Preiherman**. Im Interview mit **Éva Péli** erklärt er, warum die Fixierung auf die Schuldfrage den Frieden blockiert – und weshalb kleine Staaten wie Belarus mehr sind als bloße Satelliten.

Es war die zentrale Warnung, die sich Anfang November durch fast alle Beiträge auf der 4. Minsker Konferenz für eurasische Sicherheit zog – bis hin zur Rede von Präsident Alexander Lukaschenko: Ohne neue Gesprächskanäle droht Europa eine unkontrollierte Ausweitung der Krise.

Für Jewgeni Preiherman, Direktor der unabhängigen belarussischen Denkfabrik „Minsker Dialog“, ist ein inklusives Gesprächsformat deshalb alternativlos. Im Gespräch skizziert er die leisen Schritte zurück zur Realpolitik, zieht Parallelen zwischen den Atomwaffen-Debatten in Minsk und Warschau und erläutert, warum Abschreckung ohne Kommunikation in die Katastrophe führt.

Mit dem „Minsker Dialog“ haben Sie 2015 eine neutrale Expertenplattform für europäische Sicherheit aufgebaut. Nach den Erschütterungen 2020 und dem Ausbruch des Konflikts 2022 schien dieses Projekt am Ende. Welcher Dialog ist heute überhaupt noch möglich?

Jewgeni Preiherman: Unsere Mission, unsere Ziele und unser Bestreben, diesen Dialog weiterzuentwickeln, haben sich kein Stück verändert. Aber nach 2020 und erst recht nach 2022 ist das Format, wie wir es zuvor praktiziert hatten, extrem kompliziert geworden.

Vor 2020 – in den Jahren 2017, 2018 und 2019 – organisierten wir hier in Minsk das wohl größte Forum zur regionalen Sicherheit in Osteuropa. Es war einzigartig – nicht nur wegen der rund 700 Teilnehmer, sondern weil wir tatsächlich alle relevanten Akteure an einem Tisch zusammenbrachten: die besten russischen, europäischen und US-amerikanischen Experten sowie Vertreter Chinas.

Ab 2020 wurde ein solches Forum erst durch die Pandemie und dann durch die politischen Ereignisse in und um Belarus schwierig. Deshalb haben wir uns in den letzten Jahren auf ein Arbeitsformat hinter den Kulissen verlegt. Dennoch bleibt unsere Haltung klar: Es ist unmöglich, über regionale oder europäische Sicherheit zu verhandeln, wenn nicht ausnahmslos alle Beteiligten am Tisch sitzen. Früher oder später müssen wir alle wieder zusammenkommen. In den letzten Jahren haben

wir diese Arbeit schrittweise wiederbelebt und beobachten ein wachsendes Interesse aller Seiten, auch wenn sich das bisher noch nicht in einem allzu öffentlichen Rahmen abspielt.

Ihr Institut beschäftigte sich ursprünglich mit europäischer Sicherheit, während die aktuelle Konferenz der eurasischen gewidmet ist. Ist diese Schwerpunktverlagerung eine Reaktion auf die Umstände?

Obwohl alle – auch die Organisatoren der Eurasischen Sicherheitskonferenz – noch nach den konzeptionellen Grundlagen suchen, ist dies gewissermaßen tatsächlich eine Reaktion auf die Entwicklungen nach 2022. Die Entscheidung, von eurasischer Sicherheit zu sprechen, unterstreicht aus Sicht des offiziellen Minsk, dass ein regionaler Sicherheitsdialog die Perspektiven eines breiteren Teilnehmerkreises einbeziehen muss.

Derzeit wird der Entwurf für eine Charta der eurasischen Sicherheit ausgearbeitet, um regionale und europäische Sicherheit in einem größeren Kontext zu verhandeln und stabilere Vereinbarungen zu erreichen. Allerdings sind hier noch viele Fragen offen – insbesondere, wie sich das Konzept des Eurasismus praktisch in die Diplomatie übersetzen lässt.

Früher waren Sie ein inoffizielles Bindeglied zwischen dem Westen, Russland und der Ukraine. Hat sich davon heute noch ein Teil dieser Brückenfunktion erhalten?

Ich weiß nicht, wie treffend der Begriff „Brücke“ ist – solche politisch aufgeladenen Etiketten stören manchmal eher. Aber wir setzen unsere Arbeit fort, und insbesondere in den letzten ein bis anderthalb Jahren wächst das Interesse an der Wiederaufnahme eines solchen Dialogs spürbar. Trotz der Krise ist das ein natürlicher Lauf der Dinge: Entweder beteiligen sich alle Seiten am Gespräch, oder es gibt schlicht keines – und der gesamte Fokus verengt sich auf den Krieg und die gegenseitige militärische Abschreckung.

Achten Sie einmal darauf: Vor einigen Wochen sprach der Oberbefehlshaber der US- und NATO-Streitkräfte in Europa, General Alexus Grynkewich, in Warschau über die „Siegtheorie“ der NATO und die Abschreckung geopolitischer Gegner. Gleichzeitig wollte er damit wohl die Gemüter in Europa beruhigen und signalisieren, dass die NATO die Lage militärisch im Griff hat. Zwischen den Zeilen klangen dabei Verweise auf den berühmten Harmel-Bericht von 1967 an. Damals formulierte der belgische

Außenminister die These, man müsse die Sowjetunion gleichzeitig abschrecken und Gesprächskanäle mit ihr offenhalten, um eine ungewollte Eskalation zu verhindern. Genau diese Einsicht setzt sich nun in einigen politischen und Expertenkreisen wieder durch.

Das ist eine gesunde Entwicklung. Dadurch wächst das Interesse an offenen Diskussionen – weg von „Echokammern“, in denen sich Gleichgesinnte gegenseitig beklatschen, hin zu Gesprächen zwischen gegensätzlichen Lagern. Man redet nicht miteinander, um sich Nettigkeiten zu sagen, sondern um praktische Lösungen zu finden, die Eskalation zu stoppen und unkontrollierte Entwicklungen abzuwenden.

Findet also konkret ein vertraulicher Arbeitsdialog statt? In einem Ihrer jüngeren Artikel entsteht eher der Eindruck eines Wunsches nach Kontaktaufnahme als eines tatsächlichen Austauschs.

Da alles im vertraulichen Rahmen abläuft, kann ich keine Details nennen. Aber die Nachfrage ist da – und der Dialog wurde im vergangenen Jahr tatsächlich wieder aufgenommen. Allerdings ist er sehr mühsam.

Konnten sich Experten vor fünf oder sechs Jahren direkt auf konkrete Sachfragen stürzen, befinden wir uns heute erst wieder in einer Erkundungsphase – dem, was man auf Deutsch so treffend „Fühler ausstrecken“ nennt. Manchmal geht es in ersten Schritten bloß darum festzustellen, dass auf der anderen Seite ein vernünftiger Mensch sitzt, der ebenfalls katastrophale Szenarien vermeiden will.

Allein die Tatsache, dass sich Experten treffen, ist heute politisch hochsensibel. In westlichen Medien wurde über Begegnungen russischer und westlicher Fachleute oft skandalisierend berichtet, was den Beteiligten erhebliche Probleme einbrachte. Deshalb sind viele vorsichtig, obwohl sie vertraulich einräumen, dass am Gespräch kein Weg vorbeiführt. Doch einige bringen den Mut auf, diese ersten Schritte zu gehen und den Dialog wieder zu legitimieren. Experten müssen miteinander reden; andernfalls hören sie auf, Experten zu sein. Wenn man liest, was im Westen oft über Belarus geschrieben wird, fehlt jedes Gespür für die interne Logik der Entscheidungen in Minsk. Wer diese Zwischentöne verstehen will, muss mit den Kollegen vor Ort sprechen.

Wie gelingt es Ihrem Analysezentrum in Minsk, seine Unabhängigkeit zu wahren, woraus finanziert es sich, und ist ein vollwertiger akademischer Austausch möglich?

Der Austausch mit westlichen Institutionen ist trotz aller Hürden möglich, wie die letzten anderthalb Jahre zeigen. Es wächst die Einsicht, dass eine Betonmauer anstelle eines Eisernen Vorhangs niemandem nützt – auch die EU-Nachbarn sind auf Transit und Grenzsicherheit angewiesen, was sich nur im Dialog regeln lässt.

Zur Finanzierung: Wir hatten nie eine institutionelle Vollfinanzierung, und genau darin liegt unsere Stärke. Wir betrachten jeden Kooperationspartner als Teilhaber eines gemeinsamen Prozesses. Wenn unsere Veranstaltungen praktischen Nutzen für alle Seiten stiften, leistet jeder seinen Beitrag dazu. So werden Konferenzen nicht zur Pflichtübung „für die Galerie“, und wir bleiben unabhängig von einzelnen Geldgebern.

Zugleich geht es uns natürlich auch um die Interessen unseres eigenen Landes. Sollte sich der russisch-ukrainische Krieg geografisch ausweiten – im Sinne einer horizontalen Eskalation –, wäre Belarus eines der ersten Opfer. Wir leben hier mit unseren Familien und Kindern. Deshalb tun wir auf Expertenebene alles, um unserem Land diese Tragödie zu ersparen – stets auf der Grundlage, dass Frieden und Sicherheit im gemeinsamen Interesse aller liegen.

In der westlichen Wahrnehmung gilt Belarus oft nur als Satellit Moskaus. Bleibt Minsk überhaupt Raum für eigenständiges Manövrieren?

Minsks Handlungsfähigkeit hängt vom realen Manövrierfeld ab. Belarus ist keine Großmacht, sondern liegt im Epizentrum europäischer Widersprüche und ist unmittelbar von seinem äußeren Umfeld abhängig. In meiner Doktorarbeit in England habe ich die Außenpolitik kleiner Staaten untersucht: Die meisten stehen vor derselben Realität wie wir – weshalb uns Gespräche mit Vertretern aus Asien oder dem Nahen Osten oft leichter fallen, weil sie diese Lage aus eigener Erfahrung kennen.

Belarussische Außenpolitik orientiert sich daran, was hier und jetzt machbar ist und den eigenen Interessen dient. Wenn sich der Spielraum vergrößert, wird Belarus immer aktiv dazu beitragen, Russland und dem Westen eine konstruktive Agenda zu ermöglichen – schlicht weil wir als Erste vom Frieden profitieren und im Kriegsfall die ersten Leidtragenden wären.

Beim Vorwurf des „Souveränitätsverlusts“ werden zwei Begriffe vermengt: Souveränität und Handlungsspielraum. Wenn Minsk unter den gegebenen Umständen das für sich Bestmögliche herausholt, ist das gelebte Souveränität –

auch wenn die Optionen in einer idealen Welt anders aussähen. Ein Beispiel: Als nach 2020 und 2022 durch Sanktionen, geschlossene baltische Häfen und die gesperrte Grenze zur Ukraine unsere „30/30/30-Außenhandelsformel“ (je 30 Prozent Export nach Russland, in die EU und in den Rest der Welt) zerbrach, musste das Land aus eigenem Interesse nach Alternativen suchen. Das ist Ausdruck von Souveränität, nicht deren Verlust. Je mehr westliche Vertreter mit der belarussischen Realität in Berührung kommen, desto eher erkennen sie, dass es für die EU kontraproduktiv ist, Belarus einfach abzuschreiben.

Die Stationierung von Atomwaffen in Belarus wird von Kritikern als Beleg für den Verlust der Souveränität gewertet. Wie verträgt sich dieser Schritt mit der nationalen Unabhängigkeit?

Als der belarussische Präsident die Stationierung russischer Atomwaffen zum Schutz vor militärischen Bedrohungen ankündigte – weil die konventionellen Streitkräfte von Belarus und dem gemeinsamen Unionsstaat hinter der NATO zurückbleiben –, hieß es im Westen postwendend, dies beweise den Verlust der Souveränität.

Doch blicken Sie auf Polen und das Baltikum: Sie bitten die USA und Frankreich um die Einbindung in den nuklearen Schutzschirm und die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf ihrem Territorium. Warum, wenn doch Artikel 5 des NATO-Vertrags gilt? Aus Sorge, dass die USA im Ernstfall trotz Artikel 5 nicht eingreifen könnten. Deshalb wollen Warschau und die baltischen Hauptstädte US-Interessen so fest vor Ort verankern, dass Washington im Krisenfall gar nicht anders kann, als für sie einzustehen.

Minsk folgt exakt derselben Logik! Das zeugt nicht von mangelnder Souveränität, sondern von souveränem Risikomanagement – in Minsk genauso wie in Warschau oder Vilnius. Niemand in Minsk ist begeistert darüber, dass die Zuspitzung diesen Schritt erforderlich machte, aber angesichts einer unkontrollierten Eskalation sah man – genau wie unsere Nachbarn – keinen anderen Ausweg.

Wie lässt sich diese Eskalationsspirale durchbrechen? Was war zuerst da – das Handeln von Minsk oder die Reaktion des Westens?

Wir stecken in einer klassischen historischen Konstellation, dem sogenannten Sicherheitsdilemma oder der Sicherheitsspirale. Jede Seite ist überzeugt, rein defensive Schritte zu unternehmen, während die Gegenseite diese als aggressiv wahrnimmt. Die Kernfrage der wiederbelebten Expertenrunden lautet genau

deshalb, wie man diese Spirale durchbricht.

Gibt es heute stillschweigende Arbeitskontakte zwischen Minsk und den USA oder den EU-Staaten?

Mit den USA läuft ein Dialog. Erste Impulse für Arbeitskontakte gab es in Washington noch in den letzten Monaten der Biden-Administration, als man im Außenministerium erkannte, dass die Sanktionspolitik ihre Ziele verfehlt und unerwünschte Nebenwirkungen für die USA selbst erzeugt. Unter der Trump-Administration wurde dieser Ansatz konkreter umgesetzt.

Auf EU-Ebene tut sich öffentlich kaum etwas, aber hinter den Kulissen wächst bei Diplomaten und Militärs die Einsicht, dass Pragmatismus gefragt ist. Ein Beispiel: Als im September vergangenen Jahres unidentifizierte Drohnen auf Polen zusteuerten, kontaktierte Belarus von sich aus über militärische Kanäle die Generalstäbe Polens und Litauens und übermittelte operative Vorwarndaten. Der polnische Generalstab bestätigte den Nutzen dieser Informationen, da sie wertvolle Reaktionszeit verschafften. Das zeigt: Gerade in Zeiten der Konfrontation sind funktionierende Kommunikationskanäle für Militärs unverzichtbar – und ihr Nutzen reicht weit über das rein Militärische hinaus.

Was muss geschehen, damit auch der öffentliche Dialog mit anderen europäischen Hauptstädten aus der Sackgasse kommt?

Wir hängen stark von der Großwetterlage zwischen Russland und Europa ab. Für einen produktiven öffentlichen Dialog zwischen Minsk und den EU-Staaten reicht eine positive Entwicklung auf bilateraler Ebene allein nicht aus – es braucht auch Bewegung im regionalen Umfeld, vor allem beim Konflikt in der Ukraine.

Wenn es dort Impulse zur Verringerung der Kriegsintensität gibt, wird das den EU-Dialog mit Belarus zwangsläufig erleichtern. Dann lässt sich wieder sachlich über Transparenzmaßnahmen, den Abbau militärischer Risiken und die Wiederaufnahme von Mechanismen im Rahmen des Wiener Dokuments reden.

In Westeuropa wird die Schuld an der Zerstörung der europäischen Sicherheitsordnung Moskau und Minsk zugeschrieben. Wie blicken Sie auf diese Krise, wenn man die Schuldfrage ausklammert?

Die Suche nach den Schuldigen sollte man den Historikern überlassen. Die Fixierung

auf die Frage „Wer ist schuld?“ treibt uns nur immer tiefer in die Eskalationsspirale. Wir müssen endlich zur Frage übergehen: „Was ist zu tun?“

Neue Weltordnungen entstanden früher nach großen Kriegen, die die Kräfteverhältnisse klärten. Angesichts von Atomwaffen würde ein großer Krieg heute jedoch das Ende der Menschheit bedeuten. Wie man einen Interessenausgleich ohne globalen Krieg erreicht, ist die zentrale Aufgabe für Diplomaten und Analysten – und die Schuldfrage hilft dabei keinen Schritt weiter.

Was ist die wichtigste Lehre aus den Minsker Vereinbarungen 2014/15 für künftige diplomatische Bemühungen?

Die wichtigste Lehre ist, dass jede Vereinbarung zählt, die großflächige Kampfhandlungen stoppt, Menschenleben rettet und eine unkontrollierte Eskalation verhindert – darin liegt ihre bleibende historische Bedeutung. Gleichzeitig zeigt sich, dass provisorische Abkommen in einer tiefen Konfrontation auch provisorisch bleiben. Man muss den Übergang von einer Waffenruhe zu einer dauerhaften, tragfähigen europäischen Sicherheitsarchitektur schaffen.

Ist es realistisch, die OSZE und den Geist von Helsinki wiederzubeleben, oder gehört die Zukunft neuen Formaten wie den BRICS-Staaten oder der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit?

Das Problem liegt nicht bei den Institutionen. Oft versucht man, systemische Krisen durch neue Organisationen zu lösen – ob OSZE, BRICS oder die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO). Internationale Organisationen leisten aber immer nur so viel, wie ihre Mitglieder zulassen. Die OSZE ist nicht wegen mangelhafter Mechanismen eingefroren, sondern wegen fehlender Kompromissbereitschaft.

Den Geist von Helsinki wiederzubeleben, ist möglich und nötig, aber eher eine langfristige Perspektive. Man muss im Kleinen ansetzen – etwa mit der Reaktivierung bilateraler Vereinbarungen im Rahmen von Kapitel V des Wiener Dokuments zwischen Belarus und seinen NATO-Nachbarn Polen, Litauen und Lettland, die seit 2020 faktisch auf Eis liegen. Gelingen in den kommenden Jahren solche Deeskalationsschritte, kehrt auch das natürliche Bedürfnis nach einem gesamteuropäischen Dialog zurück – und die OSZE als inklusivste Plattform unter Beteiligung Russlands und Belarus‘ wird wieder mit Leben gefüllt.

Zur Person: *Jewgeni Preiherman studierte in Minsk und Großbritannien und promovierte an der University of Warwick über die Außenpolitik kleiner Staaten. 2015 gründete er den Rat für internationale Beziehungen „Minsker Dialog“ und baute ihn zu einer renommierten Plattform aus, auf der vor den politischen Umbrüchen 2020 regelmäßig hochrangige Diplomaten und Experten aus dem Westen – auch aus Deutschland –, Russland und Asien über die europäische Sicherheitsarchitektur berieten.*

Titelbild: © Tilo Gräser